

Monique Scheer

Wissen und Wertung

In den Debatten über die Politisierung der Wissenschaft wird häufig auf deren Befähigung und Verpflichtung, ‚Objektivität‘ zu wahren, verwiesen. Die Aufgabe der Wissenschaft sei es, im Streben nach wahrer *Erkenntnis* gesichertes *Wissen* zu produzieren, das auf *Fakten* basiert. Fakten werden meist als ‚objektiv richtig‘ dargestellte Sachverhalte verstanden. Dabei heißt ‚objektiv‘ zweierlei: Erstens bildet es einen Gegensatz zum rein ‚subjektiven‘ Eindruck, also vom individuell beschränkten Blick

auf die Welt; zweitens den Gegensatz zur ‚wertenden‘ Darstellung, die von eigenen, subjektiven Interessen geleitet ist. Die methodologisch verbürgte Ausschaltung des Subjekts gilt daher als Garant einer objektiven, da ‚neutralen‘ wissenschaftlichen Tätigkeit.

Während die Naturwissenschaften diese Art von Wissensproduktion scheinbar vorbildhaft etablieren konnten, indem sie die empirisch erfahrbaren Tatsachen der materiellen Welt ermitteln und daraus Theorien zu gesetzmäßig ablaufenden Prozessen entwerfen und immer wieder mit neuen Tatsachenermittlungen testen, gilt dieses Modell in der textbasierten Wissensproduktion der Geisteswissenschaften zuweilen abwertend als ‚naiv positivistisch‘. In der Tat ergibt eine bloße Auflistung von historischen Fakten keine geschichtswissenschaftliche Studie, die Publikation von Feldnotizen keine Ethnografie. Erst die Analyse der Zusammenhänge dieser Fakten mündet in ein Narrativ, das etwas ‚Wahres‘ über die Welt mitteilt, d. h. eine faktenbasierte, plausible und unparteiische Erzählung, die als methodisch gewonnenes Wissen gelten kann. Die interpretativen Entscheidungen, die ein solches Narrativ erfordern, beinhalten zwangsläufig Bewertungen, die jedoch nicht deshalb ‚rein subjektiv‘ sind.

Genau das betont Max Weber in der Ausformulierung seines ‚Wertfreiheitsgebots‘ der Wissenschaft, auf das in letzter Zeit häufig rekurriert wird, weil vermeintlich dagegen verstoßen werde. Wenn man dieses Ideal aufruft, gilt es zu bedenken, dass sich sein Konzept speziell auf sein damaliges Fach der ‚Nationalökonomie‘ im Schnittpunkt der heutigen Sozial-, Politik- und Geschichtswissenschaft bezog. In der hochgradig politisch aufgeladenen Zeit zwischen der Vereinigung Deutschlands 1871 bis zum Ende des Ersten Weltkriegs rang er um eine Formulierung dessen, was eine ‚objektive‘ Sozialforschung und Kulturanalyse sei. Seine Lösung war die klare Aufgabenteilung zwischen Politik und Wissenschaft. In seinem Aufsatz „Die ‚Objektivität‘ sozialwissenschaftlicher und sozialpolitischer Erkenntnisse“ von 1904 stellte Weber einerseits klar, dass die Erfahrungswissenschaft nicht die Aufgabe habe, Werte im Sinne von Normen oder erstrebenswerten Idealen zu ermitteln. Im Gegensatz zu ausgesprochen normativen Wissenschaften (Ästhetik, Jura, Pädagogik, Ethik u. v. m.), deren Aufgabe in der Bewertung von Dingen als ‚besser‘ und ‚schlechter‘ liegt, war seine Sozialwissenschaft eine deskriptiv-analysierende. Sie sollte schlichte Wissensbestände zur Verfügung stellen, mit deren Hilfe die Politik Werturteile fällen können sollte. Andererseits bringt er deutlich zum Ausdruck, dass selbst eine nicht-normative Wissenschaft Kritik an politischen Entscheidungen formulieren könne, etwa über deren Praktikabilität oder Folgewirkungen. Sie kann auch Auskunft geben über historische Hintergründe und Bedeutung derjenigen Normen und Ideale, die hinter solchen Entscheidungen stehen.

Weber, von der Kritischen Theorie gerne als bürgerlich-‚affirmativ‘ charakterisiert, sah also durchaus eine kritische Rolle für die empirische Sozialforschung

vor. Er versteht die ‚Wertfreiheit‘ nicht in einem absoluten Sinne, wenn er schreibt, dass methodisch vollkommen legitime Entscheidungen in der Wissenschaft, allen voran die Wahl des Forschungsgegenstands, von Bewertungen und Interessen geleitet seien, gerade in der Kulturwissenschaft. Denn im Gegensatz zu den Naturwissenschaften, deren Erkenntnisgegenstände alle gleichermaßen sinnvoll erscheinen können, werden in den Geisteswissenschaften ‚würdige‘ Gegenstände anhand von ‚Wertbeziehungen‘ definiert. Weber ermahnte aber auch hier seine wertkonservativen, bürgerlichen Kollegen zu mehr ‚Objektivität‘: „Eine Kulturerscheinung ist die Prostitution so gut wie die Religion oder das Geld“, schreibt er und zeichnet damit eine Grundhaltung der kulturanthropologischen Forschungsweise vor. Schließlich verurteilte Weber auch nicht die politische Tätigkeit eines Wissenschaftlers, solange die wissenschaftliche und politische Tätigkeit nicht vermischt und die Rolle, die man gerade einnimmt, deutlich gemacht wird. Er selbst war in Parteien des liberalen Spektrums engagiert. Max Weber erkannte die Interdependenz von Politik und Wissenschaft, versuchte sie nicht komplett auseinanderzuhalten, warnte aber vor einer Politisierung der Wissenschaft, die den Unterschied zwischen ihren Geltungsbereichen nicht aufrechterhält.

Die EKW – gewissermaßen aus dem Positivismusstreit, einer späteren Version dieser wissenschaftstheoretischen Debatte, geboren – greift immer wieder gerne politisch engagierte, emanzipatorische Ansätze auf, die eine ‚interventionistische Wissenschaft‘ befördert haben. Auch unsere nicht-normative, analytisch-beschreibende Disziplin wird spätestens dann politisch, wenn Machtbeziehungen im Untersuchungsfeld analysiert werden, und sie fragt: Welche Deutungseliten bestimmen die herrschenden Ideologien? Welche alltäglichen Praktiken unterwandern sie? Welcher ‚Eigensinn‘, welche Stimmen sprechen aus den Quellen und Interviews? Die Antworten darauf können objektiv, wertfrei und politisch zugleich sein.

Es mag sein, dass wir uns in der EKW deshalb über die Empörung in der Presse über angeblich grassierende Verletzungen des Objektivitätsgebots in den Geistes- und Sozialwissenschaften wundern. Solche Empörung deutet auf das Grenzgebiet zwischen Politik und Moral, die eng beieinanderliegen. ‚Moral‘ wird landläufig als die kleine Schwester der männlich konnotierten, weil rationalen und wichtigen ‚Politik‘ behandelt: Moral sei gefühlig und die ‚Waffe der Schwachen‘, die keinen Zugang zur ‚echten‘ politischen Macht haben – also der Frauen, der unterbürgerlichen Schichten, der Unterdrückten dieser Welt. Emanzipatorische Bewegungen, die sich politisch (!) für die Rechte und die Gleichheit genau dieser Gruppen einsetzen, werden in ihrer Arbeit regelmäßig mit dem Vorwurf der ‚Moralisierung‘ abgewertet, um die Rationalität und damit Legitimität ihrer Ziele in Abrede zu stellen. Wissenschaftliche Arbeit zu diesen politischen Themen wird entsprechend als ‚moralisch‘ abqualifiziert, mit Verweis auf die gebotene ‚Wertfreiheit‘. Man kann aber mit Weber auch argumentieren, dass diese ‚Moral‘ nichts anderes als die Orientierung an Werten und Interes-

sen ist, die die Auswahl eines Forschungsgegenstands begleitet. Das entbindet nicht von der methodischen Pflicht, entsprechend wissenschaftlich zu arbeiten: objektiv und faktenbasiert Daten zu sammeln, Quellen zu lesen, Empirie zu interpretieren.

Webers Überlegungen stammen aus einer anderen Zeit. Seine beiden berühmten Reden zu Wissenschaft und Politik ‚als Beruf‘ trug er politisch engagierten Studierenden am Ende des Ersten Weltkriegs vor. Deren Nationalismus und romantischen Beschwörungen von ‚Erlebnis‘ und ‚Authentizität‘ hielt er eine Besinnung auf sachlich-methodischen Erkenntnisgewinn und Verantwortungspolitik entgegen. Mit dem Aufstieg von Rechtspopulismus werden in der Universität wieder emotionale Debatten geführt. Antiliberale Kräfte sehen in der Wissenschaft eine Gegnerin, weil sie nicht immer genau die Resultate produzieren wird, die der autoritären Agenda entgegenkommen. Webers Plädoyer passt auch zu dieser neuen politischen Konstellation, nicht weil es auf eine vermeintliche Neutralität pocht, sondern weil es uns auffordert, uns die Interdependenz von Wissen und Werten bewusst zu machen und sie zu nutzen.

<https://doi.org/10.31244/zekw/2025/01.08>